



Baufertigstellungen sind Armutszeugnis für die Politik

Frankfurt am Main, 15.06.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ist über den geringen Zuwachs an fertiggestellten Wohnungen im Jahr 2015 alarmiert und fordert von der Politik jetzt alles zu tun, um den Wohnungsbau endlich anzukurbeln. „Die Politik steuert geradewegs in eine Wohnungsnot hinein.

Niedrigverdiener haben in Metropolen schon heute keine Chance mehr auf eine bezahlbare Bleibe. Zunehmend sind aber auch Doppelverdiener und Bezieher von mittleren Einkommen nicht mehr in der Lage, die horrenden Mieten zu zahlen. Deshalb brauchen wir dringend mehr bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen in Ballungsräumen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger mit Blick auf die aktuellen Fertigstellungszahlen des Statistischen Bundesamts.

„Gegen alle Prognosen verharren die Fertigstellungen im vergangenen Jahr fast auf dem gleich niedrigen Niveau wie 2014. Dies ist ein Armutszeugnis für die Politik. Es zeigt, dass sie es nicht geschafft hat, ausreichend Anreize für Investoren zu setzen. Hier muss dringend nachgesteuert werden.“

Laut Statistischem Bundesamt wurden 2015 rund 247.000 Wohnungen fertiggestellt. Das ist ein Anstieg von gerade einmal einem Prozent. Allgemein hatten die Experten ein Plus von zehn Prozent erwartet. Somit bleibt das Angebot weit hinter dem Bedarf zurück. Selbst Bundesbauministerin Barbara Hendricks hält zwischen 350.000 und 400.000 neue Wohnungen pro Jahr für notwendig. Nach Einschätzung der IG BAU markieren 400.000 Wohnungen jährlich das Minimum, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Die IG BAU fordert bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zweckgebundene Bundesmittel an die Länder in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser Betrag muss über das Jahr 2019 hinaus verstetigt werden. Zudem müssen die Länder in gleicher Höhe ihren Beitrag zur Bereitstellung der benötigten 80.000 mietpreisgebundenen Wohnungen leisten. Darüber hinaus brauchen wir jährlich 60 000 bezahlbare Wohnungen.

Anreize für Bauherren kann die Anhebung des Abschreibungssatzes (AfA) von jährlich zwei auf drei Prozent bringen. Dies entspricht auch einer realistischen Nutzungsdauer der Objekte von etwa 35 Jahren. In Ballungsgebieten, in denen der Druck besonders hoch ist, sollte per Sonder-AfA von vier Prozent der Wohnungsneubau angekurbelt werden, wenn damit gleichzeitig eine bezahlbare Mietobergrenze verbunden ist. Drittens stehen die Kommunen in der Pflicht bei der Bereitstellung von Bauland, die Baukosten nicht übermäßig in die Höhe zu treiben.

Lokalkompass

Schwarzarbeit. Die Bundesregierung hat Maßnahmen für eine wirksamere Bekämpfung von Schwarzarbeit beschlossen. Im Kern soll die zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit künftig zentralen Zugriff auf bundesweit vorliegende Erkenntnisse zu Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung erhalten. Die Kontrolleure sollen auch automatisch Zugang zu Halter-Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) erhalten.

WAZ Mantel